Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut

Band: 3 (1962)

Heft: 39

Rubrik: Mitteilungen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.09.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Entwicklung der Stahl- und Roheisenproduktion und des Verbrauchs an Steinkohlenkoks in der Montanunion:

	(in Mill. t)			Veränderung in %
	1953	1957	1961	1953/1961
Stahlproduktion	39,7	59,8	73,2	+84,4
Roheisenproduktion	31,5	45,1	54,6	+73,3
Verbrauch an Steinkohlenkoks	33	45,8	50	+51,5

Aus der Finanzgebahrung der Montanunion:

Anleihen der Hohen Behörde bis 1961 insgesamt 274 335 075 (EWA-Rechnungseinheiten = $).

Zugesagte Investitionskredite an Mitglieder aus *Anleihen* in Millionen EWA-Rechnungseinheiten:

Kohlenbergbau	89,29
Zechenkraftwerke	46,31
Eisenerzbergbau und Erzaufbereitung	22,25
Eisen schaffende Industrie	95,71

Zugesagte Investitionskredite aus Spezialreserven und sonstigen Fonds in Millionen EWA-Rechnungseinheiten:

Arbeiterwohnungsbau*	50,00
Anpassung	5,65
Forschung	3,27
Sonstige (Schule)	0,72

* darunter 22,72 aus Anleihen.

Der Haushaltsvoranschlag für das Rechnungsjahr 1961/62 zeigt folgendes Bild in Millionen EWA-Rechnungseinheiten:

Verwaltungskosten	14,18
Zuweisung an Rücklage für Forschungszwecke	10,80
Zuweisung an die Spezialreserve (Arbeiterwohnungsbau)	6,50
Zuweisung an den Pensionsfonds	3,50
Zuweisung an den nicht disponierten Saldo	1,42
	36,40

Einnahmen:

Umlageaufkommen*	27,90
Sonstige Einnahmen	7,00
Einnahmen aus dem Pensionsfonds	1,50
	36,40

* Die Montanumlage betrug bisher 0,35 resp. 0,30 Prozent und wurde am 1. Juli 1962 auf 0,20 Prozent herabgesetzt.

(Quelle: Zehnter Gesamtbericht über die Tätigkeit der Gemeinschaft (1. Februar 1961 bis 31. Januar 1962).

Aus dem zehnten Gesamtbericht geht ferner hervor, dass die Preisbildung auf dem Erdölsektor die Stabilisierung des Marktes für Steinkohle erschwert.

EWG

1957 wurde von den sechs Ländern der Montanunion die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft in Rom gegründet. Das Abkommen sieht den schrittweisen Abbau der Zölle und Kontingente zwischen den Partnern und die Einführung eines gemeinsamen Zolltarifes gegenüber den Nichtmitgliedstaaten vor.

Ein weiteres Ziel ist, koordiniert das freie Strömen von Arbeitskräften und Kapitalien zuzulassen. Zur Verwirklichung der gesetzten Ziele ist eine Uebergangsperiode von 12 bis 16 Jahren vorgesehen.

Organisation. Leitende Organe: 1. Das Europäische *Parlament* (siehe Montanunion), Präsident *Hans Furler* (Bundesrepublik) seit 1960. 2. Der *Ministerrat* zur Koordinierung einer gemeinsamen Wirtschaftspolitik. 3. Die *Kommission* als oberstes Vollzugsorgan der EWG, das über die Einhaltung der Verträge wacht und die EWG gegenüber den anderen internationalen Organisationen und Regierungen vertritt. Sie besteht aus neun vom Ministerrat auf vier Jahre gewählten Mitgliedern. Präsident der Kommission: Prof. *Walter Hallstein,* seit 1958. 4. Als beratende Körperschaft neben der Kommission der Wirtschafts- und Sozialausschuss mit 101 Mitgliedern. 5. Der *Gerichtshof* der EWG, aus sieben im Einvernehmen auf sechs Jahre ernannten Richtern und zwei Generalanwälten, sichert die Wahrung des Rechtes bei der Anwendung der Verträge.

Sonderorganisation: Europäische Investitionsbank mit 1 Milliarde Grundkapital, das von den EWG-Ländern gezeichnet wurde für die wirtschaftliche Förderung der unterentwickelten Länder, für den Ausbau (auch Standortsverlegung) von EWG-Betrieben. Europäischer Spezialfonds zur Umschulung und Ansiedlung von Arbeitskräften. Sitz der EWG: Brüssel.

EURATOM

1957 unterzeichneten die Mitglieder der Montanunion in Rom ein Abkommen über die Schaffung einer gemeinsamen europäischen Atomenergieorganisation.

Organisation. Leitende Organe: 1. Vollversammlung. 2. Euratom-Ausschuss. 3. Rat der Minister.

EFTA

1959 regte die englische Regierung als Gegengewicht gegen die EWG die Vereinigung von sieben ausserhalb der EWG stehenden Ländern (Dänemark, Grossbritannien, Norwegen, Oesterreich, Portugal, Schweden und die *Schweiz)* an.

Gemäss dem Vertrag sollen nach einer Uebergangszeit zwischen den Mitgliedsstaaten die Zollgrenzen aufhören, dem übrigen Ausland gegenüber steht es jedem Mitgliedstaat frei, seinen eigenen Zolltarif anzuwenden. Am 31. Juli 1961 reichen Grossbritannien und Dänemark bei der EWG das formelle Gesuch ein, Beitrittsverhandlungen zur EWG aufzunehmen. Am 15. Dezember 1961 reichen die Schweiz, Schweden und Oesterreich ihr Assoziationsgesuch bei der EWG ein. Am 4. Juli 1962 erklärt der norwegische Aussenminister vor dem EWG-Ministerrat in Brüssel, seine Regierung wäre bereit, den Vertrag von Rom (Gründungsvertrag der EWG) unverändert zu übernehmen. Portugal hat sich bis Mitte August 1962 noch zu keiner Stellungnahme entschlossen. Am 18. Juli erklärte der britische Lordsiegelbewahrer Heath auf Angriffe der Labour-Opposition erregt im britischen Unterhaus, es könne kein Zweifel über die Integrität der britischen Regierung im Verhalten zu den EFTA-Staaten in der Angelegenheit der Assoziierung mit der EWG bestehen. Die Schweiz wird am 24. September 1962 die Assoziierung vor dem Ministerrat in Brüssel verhandeln.

OECD

1960 wurde in Paris die Organisation für wissenschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung zur Nachfolge der 1948 gegründeten OEEC ins Leben gerufen. Mitgliedschaft 18 Staaten: Belgien, Dänemark, Bundesrepublik, Frankreich, Griechenland, Grossbritannien, Irland, Italien, Luxemburg, die Niederlande, Norwegen, Oesterreich, Portugal, Schweden, die *Schweiz,* Spanien, Türkei, ferner die USA und Kanada. *Ziel:* Planung, Koordinierung und Vertiefung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit unter den Mitgliedern. *Aufbau:* Leitendes Organ ist der Rat, in dem jedes Mitglied über eine Stimme verfügt. Operative Leitung durch Generalsekretär (Thorkil Christensen, Dänemark) in Paris. 1958 tritt das Europäische Währungsabkommen (EWA) in Kraft an die Stelle der aufgelösten Europäischen Zahlungsunion (EZU).

Sein «Europäischer Fonds» gewährt den Mitgliedern u. a. Geldkredite bei vorübergehenden Zahlungsschwierigkeiten. Alle nicht über die Devisenmärkte getätigten Zahlungsgeschäfte werden über die Bank für internationalen Zahlungsausgleich, Basel, geführt. Als Nebenorganisation der OECD fungiert seit 1957 die Europäische Kernenergie-Agentur.

Gesundheit

UdSSR

Krebsbekämpfung

Trotz der kompromisslosen Ablehnung der politischen und ideologischen Grundsätze des Kommunismus werden heute die Erfolge der Sowjetunion auf einzelnen Gebieten der Wissenschaft und Technik allgemein anerkannt. Wenn wir sachlich sein wollen, müssen wir auch gewisse Erfolge des sowjetischen Gesundheitswesens, namentlich auf dem Gebiet der Krebsbekämpfung anerkennen.

Wie in den meisten Ländern, bildet die Krebskrankheit auch in der Sowjetunion eine der häufigsten Todesursachen. Die Krebsbekämpfung geht in zwei Richtungen: Krebsforschung und Krebsprophylaxe. Nachdem im April 1945 durch einen Regierungsbeschluss spezielle Massnahmen zur Förderung der Krebsbekämpfung beschlossen wurden, ging man zunächst daran, bekannte Mediziner, Biologen und Chemiker, die sich mit der Krebsforschung befassten, in speziellen Forschungszentren — onkologischen Instituten — zusammenzufassen. Durch die enge Zusammenarbeit dieser Fachleute verschiedener Richtungen und durch die moderne, zweckmässige Ausrüstung der Institute wurde die Erforschung dieses Uebels der Menschheit gefördert.

Es gibt heute in der Sowjetunion 19 solche onkologischen Institute, an welchen die besten wissenschaftlichen Kräfte des Landes tätig sind. Gegenwärtig wird in Moskau ein neues Institut für experimentelle und klinische Onkologie gebaut und weitere ähnliche Institute sind in Leningrad, Kiew, Minsk, Taschkent und Alma-Ata geplant. Obschon die Tätigkeit in dieser Richtung bis jetzt zu keinen sensationellen Entdeckungen geführt hat, sind die Bestrebungen zur Förderung durch den massiven, konzentrierten Einsatz sehr beachtenswert.

Viel greifbarer sind die praktischen Ergebnisse der anderen Richtung der Krebsbekämpfung, nämlich der Vorbeugung der Krebskrankheit. Das Hauptglied des Organisationssystems der Krebsprophylaxe bilden die onkologischen Fürsorgestellen, deren es heute 253 gibt. In den meisten Fällen sind das den Gebietsgesundheitsämtern unterstellte Institutionen, in welchen hochqualifizierte Spezialisten tätig sind; die sich mit der frühzeitigen Feststellung und mit der entsprechenden Behandlung der Krebserkrankungen befassen.

Ausserdem gibt es in allen grösseren Polikliniken und Spitälern onkologische Ab-

teilungen, in welchen jährlich Millionen von Menschen untersucht werden. Die Zahl dieser Abteilungen beträgt 2000. Im Jahre 1961 wurden in der Sowjetunion 40 Millionen Männer über 35 Jahre und Frauen über 30 Jahre in den onkologischen Abteilungen der Polikliniken und in den onkologischen Fürsorgestellen untersucht.

Weitere prophylaktische Massnahmen bestehen darin, dass alle Frauen, die aus irgendeinem Grund die Frauenärzte in den Polikliniken oder Spitälern konsultieren, automatisch und obligatorisch onkologisch untersucht werden. Ferner werden alle Arbeiter gewisser Berufsgruppen (z. B. Arbeiter der Lebensmittelindustrie, Angestellte der Lebensmittelgeschäfte, Molkereiarbeiter usw.), die aus hygienischen Gründen regelmässig ärztlich untersucht werden, auch obligatorisch auf mögliche Krebserkrankungen untersucht.

Da die rechtzeitige Feststellung der bösartigen Neubildungen für die Behandlung bekanntlich von entscheidender Bedeutung ist, ist die Nützlichkeit solcher umfassender Untersuchungen unbestreitbar. Es wäre nur zu hoffen, dass die Krebsbekämpfung in der Sowjetunion mit der gleichen Intensität wie etwa die Entwicklung der Raketentechnik und der Weltraumforschung geführt würde. Die Menschheit hätte mehr davon.

Wasserausnützung

Sowjetunion

Kanäle ...

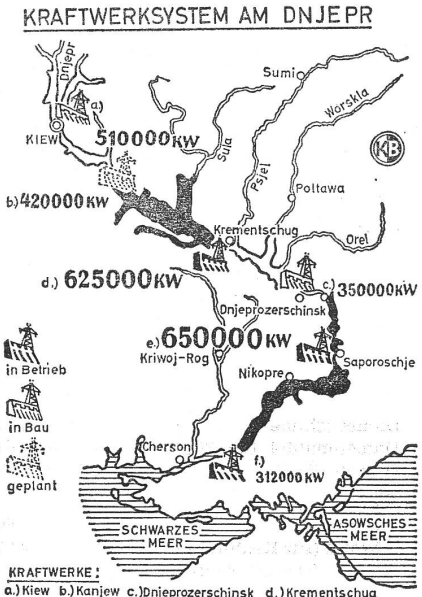
Zu den Projekten, welche im gegenwärtigen sowjetischen Siebenjahresplan (der jetzt auf Halbzeit steht) tatsächlich mit stärkster Intensität gefördert werden, gehören die grossen Werke an Wasserwegen. Sie erfüllen zumeist mehrere Zwecke und dienen dem Verkehr, der Bodenmelioration (Bewässerung und Entwässerung) und der Energiewirtschaft.

Bis 1965, dem Ende der jetzigen Planperiode, ist im Norden der Union (nordöstlich von Leningrad) die fertige Durchführung der Wasserverbindung Wolga—Baltikum vorgesehen. Zeitzeit sind die Ströme Wolga und Don mit dem nordwestlichen Becken nur durch einen ver-

alteten Wasserweg zwischen Ribinsk und Onegasee verbunden, der den heutigen Anforderungen nicht mehr genügt. Die 361 Kilometer lange Verbindung (Marijsches System) stammt noch aus den ersten Jahren des 19. Jahrhunderts. Zwischen Wolga und dem nordwestlichen Wasserbecken besteht keine funktionsfähige Schiffahrt, so dass die Transportbedingungen sehr umständlich sind. Beträchtliche Gütermengen (Getreide, Salz, Metalle usw.) müssen von den Flüssen (Wolga, Kama und Don) in den Häfen der oberen Wolga (Jaroslaw und Ribinsk) auf die Eisenbahn umgeschlagen werden. In Tscherjepowez aber geht der Umlad von grösseren auf kleineren Frachtschiffen vonstatten. Der gleiche Vorgang wiederholt sich dann in Witerga am Onegasee.

... und Kraftwerke

Der jetzt entstehende Wasserweg (unsere Karte nach einer «Prawda»-Zeichnung) wird die Verbindung von Leningrad zum Ladogasee (westlich der hier skizzierten



Gebiete läge), weiter zum Onegasee und zum Weissen Meer durchgängig machen.

Zahlreiche immer noch grosse Werke sind diesem Projekt untergeordnet. Sieben moderne Schleusen werden an Stelle der 39 vorhandenen errichtet, welche ihre Aufgaben nicht zu verrichten vermögen, sobald es sich um grössere Schiffseinheiten handelt. Zahlreiche Kunstbauten (Staudämme, Brücken) und Kraftwerke werden gleichzeitig erstellt.

Das Hauptanliegen aber bleibt der Verkehr. Die sowjetischen Planer rechnen damit, dass die bisherige Transportzeit zwischen Leningrad und Tscherjepowez von 18 auf zweieinhalb Tage heruntergedrückt werden kann, bei gleichzeitiger Senkung der Transportkosten um das Fünf- bis Siebenfache.

Der «Iswestja» entnehmen wir diese neue Darstellung vom Stand (September 1962) der Kraftwerkbauten am Dnjepr. Mit dem Bau dieses Systems wurde schon in den zwanziger Jahren begonnen (1920 Beschluss bezüglich Leninkraftwerk bei Saporoschje). Die projektierten Bauten sind zum Teil im Rahmen des Zwanzigjahres-Perspektivplanes (1960 bis 1980) vorgesehen.

Über und unter dem Plan

Nach amtlicher sowjetischer Darstellung hatte die Industrie in der ersten Hälfte des laufenden Siebenjahresplanes (1. Januar 1959 bis 30. Juni 1962) ihren Plan mit 5 Prozent übererfüllt. Es wurden insgesamt 3200 neue Betriebe errichtet und viele neue Kapazitäten in Betrieb genommen, mit denen sich die Jahresproduktion von Gusseisen mit 10,3 Millionen Tonnen, von Stahl mit 14 Millionen Tonnen, von Walzgut mit 10,9 Millionen Tonnen und von Zement mit 15,6 Millionen Tonnen erhöht hat.

Unbefriedigend aber ist die Lage auf dem Gebiet der Investitionsbauten. Im ersten Halbjahr 1962 betrug die Planerfüllung nur 93 Prozent. In den ersten sieben Monaten des laufenden Jahres wurde der Plan für die Inbetriebnahme von Fabriken, bei Schwefelsäure zu 7 Prozent, bei Zement 20 Prozent bei Stahlrohren zu 29 Prozent und bei Anlagen zur Eisenerzgewinnung zu 21 Prozent erfüllt. In anbetracht dieser Lage will man nun alle Kräfte auf die Fertigstellung der 476 wichtigsten Objekte konzentrieren, die 60 Prozent des Jahresplanes darstellen.

Als Grund der Rückstände wird der Mangel an Baumaterialien, vor allem an Eisenbeton, an Stahlarmaturen, an Röhren, ferner die verspätete Zulieferung anderer Ausrüstungen angegeben. Oft spielt auch der «Lokalpatriotismus» eine Rolle, da die ortsansässigen Behörden vor allem den Bau jener Objekte unterstützen, die den Interessen der Lokalbevölkerung dienen. Um die Interessiertheit der Arbeiter zu erhöhen, werden ab 1. Oktober 1962 für die termingerechte Inbetriebnahme neuer Kapazitäten Sonderprämien ausbezahlt.

Bildung

Ostblock/UdSSR

Abnehmender Pilgerzug

Während die sowjetischen Behörden bemüht sind, möglichst viele Studenten aus den afrikanischen, asiatischen und lateinamerikanischen Staaten für die jetzt zwei Jahre alte «Patrice-Lumumba-Universität» in Moskau zu gewinnen, hat die Zahl der jungen Leute aus den Ostblockstaaten, die in der UdSSR studieren, abgenommen.

So studierten zum Beispiel im Schuljahr 1955/56 noch 1521 junge Polen an sowjetischen Universitäten oder höheren Bildungsinstituten. Dieses Jahr sind es laut Radio Warschau nur 383.

In den anderen kommunistischen Staaten ist die Lage ähnlich. Im Jahre 1956, vor dem Volksaufstand, studierten etwa 1000 Ungarn in der UdSSR. Im vergangenen Jahr waren es lediglich 110.

Bulgarien hatte im Jahre 1956/57 immerhin 921 Studenten in die UdSSR geschickt. Die Zahl ist auf 260 abgesunken.

Im Mai des vergangenen Jahres studierten 1200 Tschechoslowaken in der UdSSR, verglichen mit rund 2000 in den Jahren zwischen 1949 und 1958.

Allerdings dürfte die Erweiterung und Verbesserung der Universitäten und höheren Bildungsinstitute in den Obstblockstaaten einer der Hauptgründe für den Rückgang der Studierenden in der UdSSR darstellen. Es ist heute nicht mehr nötig, die Elite der jungen Leute nach Moskau oder Leningrad zu schicken, damit sie eine gute wissenschaftliche oder technische Ausbildung erhält.

Nicht übersehen werden darf aber ein anderer Faktor, nämlich das gesteigerte Nationalbewusstsein der einzelnen kommunistischen Regime in Osteuropa.

Wirtschaft/Soziales

Schweiz/Jugoslawien

Was kostet die Ware?

Auf welchen Teil seines Monatslohnes kommen einem Jugoslawen in der Heimat die Sachen zu stehen, die im jugoslawischen Pavillon vom Comptoir suisse in Lausanne (vergl. «Memo» letzter Nummer) ausgestellt waren?

Die Frage mag handelspolitisch betrachtet von sekundärer Wichtigkeit scheinen, aber sie ist dann berechtigt, wenn die jugoslawische Messe noch andere Zwecke berücksichtigt. Einen solchen andern Zweck erwähnte Avdo Humo, Mitglied der jugoslawischen Bundesregierung und Präsident des Ausschusses für Wirtschaftsbeziehungen mit dem Ausland. In einer von «Vjesnik» (Zagreb) veröffentlichten Erklärung unter dem Titel «Ein erfolgreicher Auftritt in der Schweiz» führte der Minister nach seiner Rückkehr aus Lausanne aus:

«Obwohl wir fast Nachbarn sind, ist die schweizerische Oeffentlichkeit mit der jugoslawischen Wirklichkeit noch nicht ausreichend vertraut. Nun haben sich bei der Lausanner Messe diesbezüglich die ersten Resultate gezeigt. Die Ausstellung leistet jedenfalls ihren Beitrag zu einer besseren Kenntnis der jugoslawischen Verhältnisse beim Schweizer Publikum.»

Im Sinne dieser Kenntnisnahme ist ein Vergleich zwischen Preisen und Löhnen anhand der in Lausanne ausgestellten Güter statthaft. Er zeigt etwa, dass ein Landarbeiter für ein Paar Schuhe immerhin eine Woche arbeiten muss, dass ein Ingenieur seinen Monatslohn braucht, um einen erstklassigen Wintermantel zu kaufen.

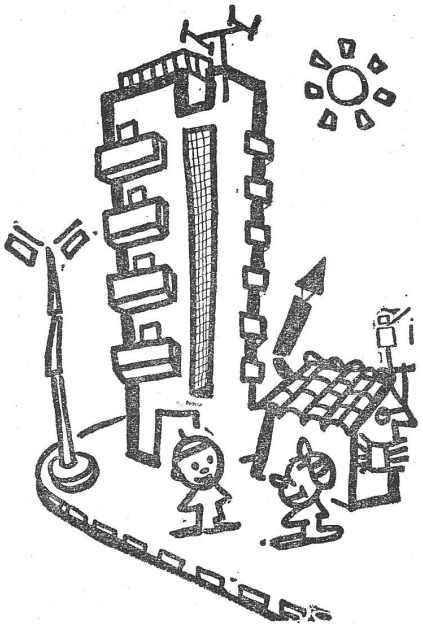
Zunächst einige *Monatslöhne* (in Dinar):

Metallarbeiter (Dreher usw.)	20 000—24 000
Schuhmacher	16 000—18 000
Angestellter	22 000
Arbeiter in einem landwirtschaftl. Staatsbetrieb	16 000
Ingenieur	50 000
Techniker	22 000—30 000
Fabrikdirektor (Grundlohn 70 000 mit Prämien)	bis 200 000
Universitätsprofessor	40 000—45 000

Und jetzt zum Vergleich *Inlandspreise* von Waren, die in Lausanne ausgestellt waren (in Dinar):

Herrenhemd (Popeline)	3 000— 5 000
» (Nylon)	5 300
Herren-Unterhosen	700
» -Leibchen	400
» -Socken (Nylon)	600
» -Schuhe mit Ledersohle	3 000— 4 000
» mit Gummisohle	6 000— 7 000
Damenschuhe	3 000— 6 000
Damenmantel für Winter	20 000— 30 000
Damen-Kostümkleid	15 000
Damenstoffe:	
Baumwolle	per m 400— 500
Wolle (für Kostümkleider)	2 500— 3 500
Seide (Damen-Konfektionskleid)	bis 5 000
Pullover	3 500— 5 000
Herren-Wintermantel	
2. Qualität	25 000— 35 000
1. Qualität	bis 50 000
Herrenstoffe	
3. Qualität	per m 3000
2. Qualität	6 000— 8 000
1. Qualität (Wolle usw.)	per m 10 000
Damenledertaschen	10 000— 15 000
Herrenledertaschen	3 000— 5 000
Geldbeutel	2 000— 3 500
Maschinenteppiche (Persermuster aus Nylon) 2×3 m	100 000—120 000
Wolle (uni)	60 000— 70 000
Möbel	
Couch	70 000
Schlafzimmer	bis 240 000
Kommode (Teak)	15 000
Fauteuil	20 000— 30 000
Stuhl (mit Stoff überzogen)	bis 5 000
Stuhl (Holz)	2 000— 2 500
Wein, rot, Flasche	350
» weiss, Zilavka	450
Sliwowitz, 1 Liter	550— 700
Marascino-Liqueur	1 000
Schinkenkonserven, 1 kg	1 100
Salami-Gavrilovic, 1 kg	800
Wurst (aus Srem), 1 kg	900
Corned beaf, Gulaschkonserven	120— 250
Paprikakonserve	200
Gurkenkonserve	150 — 200
Radioapparat, RR Misch	35 000— 65 000
Fernsehapparat	180 000—220 000
Kühlschrank (60/70 l)	70 000
Kochherd (Elektrisch und Gas)	55 000
Moped (Tomos)	147 000
Motorrad, 250 cm3	320 000
Herrenvelo	27 000
Damenvelo	31 000
Auto	
Zastava 600 (Fiat 600)	1 100 000
Fiat 1100	2 500 000
Citroën 2 PS	995 000
Bootsmotoren	150 000
Drehbank	3 000 000

Diese Relationen, verbunden mit Kenntnissen über Arbeitszeit und Wohnverhältnisse, runden das Bild der reinen Produktionsleistung erst zum Bild des Lebensstandards. Hinzuzufügen ist noch, dass zu den Löhnen in den kommunistischen Staaten umfangreiche Sozialleistungen kommen, wenn auch hier die Propaganda meist erheblich rosiger malt, als es die Wirklichkeit des «Originals» rechtfertigen würde (z. B. in Jugoslawien trotz anzuerkennenden Anstrengungen noch keineswegs ausgebautes Stipendienwesen für Studierende usw.).



Rückschlüsse auf die jugoslawischen Wohnbedingungen, nicht aus Ausstellungsprospekten gezogen, sondern aus den Karikaturen des Landes:

Es sagt der Bewohner des stolzen Neubaus: «Wir sind gut eingerichtet. Wir haben einen Lift und in jeder Wohnung Boiler und Bad.»

Und es bemerkt der Besitzer der alten Hütte: «Und das Wasser, das ist bei uns.»

(«Pobjeda», Titograd)

Arbeitszeit

Die drastisch reduzierte Arbeitszeit ist in den meisten kommunistischen Staaten in erster Linie auf dem Programmpapier der Perspektivpläne zu finden. Ihre Verwirklichung im propagandistisch nicht zuletzt im Westen ausgeschlachteten Ausmass verschiebt sich dann jeweils von Siebenjahresplan (oder Fünfjahresplan) zu Siebenjahresplan. Aber auch die tatsächlichen Reduktionen der offiziellen Arbeitszeit haben oft genug ihre Kehrseite, dann nämlich, wenn die eingesparten Stunden in der sogenannten «freiwilligen Aufbauarbeit» wieder wettgemacht werden. Der Unterschied besteht unter anderm darin, dass die für Produktionszwecke eingesetzte «Freizeitbeschäftigung» nicht bezahlt ist.

In Jugoslawien besteht die Arbeitswoche von 48 Stunden. Eine Herabsetzung kommt für die nächste Zeit nicht in Frage, da diese Regelung nicht nur im gegenwärtig gültigen Arbeitsgesetz, sondern auch im Entwurf zur neuen Verfassung zu finden ist, die demnächst zur Annahme gelangt.

Es handelt sich dabei um eine gesetzlich verankerte Höchststundenzahl, während in einzelnen Betrieben die Einführung einer niedrigeren Arbeitszeit diskutiert wird. Dass es dabei oft genug lediglich bei der Diskussion bleibt, zeigt unsere jugoslawische Karikatur.

(Zeichnung «Jesch» = «Igel», Belgrad)

Soziales

CSSR

Die Arbeitsausfälle

Infolge von Krankheit und Unfällen haben in der Slowakei im Jahre 1961 die Bauarbeiter 1 200 000 Tage nicht gearbeitet, infolge unberechtigten Fernbleibens vom Arbeitsplatz gingen 249 000 Tage verloren, und durch ganztägiges Warten auf die Arbeit wurden 11 000 Tage versäumt. Zu-

sammengerechnet waren es über 9 Prozent der verwendbaren Arbeitszeit. Umgerechnet auf den Wert der Bauproduktion stellt diese Zeit Bauarbeiten von mehr als einer halben Milliarde dar. Allein durch die schädlichen Absenzen und die Zeitverluste während der Arbeitsschichten wurden um 128 Millionen Kronen weniger Bauwerte geschaffen als geplant war.

Die Baubetriebe in der Slowakei haben im Vorjahr 34 500 neue Arbeiter aufgenommen und gleichzeitig 33 900 Arbeiter freigegeben; davon sind 6100 Arbeiter ohne Zustimmung des Betriebes fortgegangen. Auf den Baustellen wechselten also ein volles Drittel der Belegschaften. Im ersten Halbjahr 1962 wurden auf den Baustellen infolge von Krankheit und Unfällen 802 000 Tage nicht gearbeitet; infolge unbegründeten Fernbleibens vom Arbeitsplatz sowie Wartens auf die Arbeit gingen weitere 180 000 Tage verloren. Gegenüber dem ersten Halbjahr 1961 haben sich diese Verluste insgesamt um 27 Prozent erhöht. Während im ersten Halbjahr 1961 auf einen Arbeiter durchschnittlich 10 Tage entfielen, an denen er nicht arbeitete, sind es dieses Jahr bereits 13.

Die Ausnützung der Arbeitszeit der Bauarbeiter ist von 90,9 Prozent im Vorjahr auf 89,2 Prozent gefallen.

Curriculum der Woche

DINMUCHAMED ACHMEDOWITSCH KUNAJEW

Der scharfer Kritik unterworfene Erste Parteisekretär Kasachstans.

Geboren am 12. Januar 1912 in Wernij (heute Alma Ata). 1936 Abschluss am Moskauer Institut für Buntmetalle; arbeitet sich in den folgenden drei Jahren vom Mechaniker zum Bergbau-Ingenieur hinauf. 1939 Eintritt in die KP, 1940 Direktor der Bergwerksleitung von Leninogorsk. Wird im Mai 1942 zum stellvertretenden Vorsitzenden des Ministerrats der kasachischen SSR ernannt und verbleibt auf diesem Posten bis 1952. In dieser Zeit arbeitet Kunajew auch wissenschaftlich weiter, erhält den Titel eines Kandidaten der technischen Wissenschaften und wird 1951 Mitglied der kasachischen Akademie der Wissenschaften, deren Präsident er dann im folgenden Jahre wird.

Im März 1955 wird er kasachischer Ministerpräsident. 1956 erfolgt (auf dem 20. Parteikongress) seine Ernennung zum Mitglied des Zentralkomitees der KPdSU (dem kasachischen ZK gehörte er seit 1949 an). Am 19. Januar 1960 wählte man ihn auf dem Plenum des ZK der KP von Kasachstan zum Sekretär des ZKs (erster Machtposten) als Nachfolger des abgesetzten N. Beljajew (Präsidiumsmitglied des ZK der KPdSU).

Personelles

Sowjetunion

Wechselstation Kasachstan

Die sowjetische Neuland- und «Zukunftsrepublik» Kasachstan bleibt ihrer Tradition treu, innert kurzer Zeit Regierungs- und Parteispitzen wegen Ungenügens zu ändern.

Die Absetzung von Salken Daulenow, des Ministerpräsidenten der Sowjetrepublik Kasachstan, die in Alma Ata bekanntgegeben wurde, erfolgte im Zusammenhang mit einer Serie von Beschwerden, die in jüngster Zeit in Presse und Rundfunk über den Fortgang der diesjährigen Erntearbeiten in Kasachstan vorgetragen wurden. Für Ministerpräsident Chruschtschew ist diese Unionsrepublik bereits seit längerer Zeit ein ganz besonderes Sorgenkind.

Die Erntearbeiten sollten in Kasachstan in diesem Jahr spätestens am 10. September abgeschlossen sein. Am 5. September indessen kritisierte die Zeitung «Sowjetskaja Rossija» z. B. die Tatsache, dass in der Altai-Region Kasachstans erst 12 bis 17 Prozent der Ernte eingebracht worden sei.

Die abrupte Absetzung Daulenows ist anscheinend darauf zurückzuführen, dass Kasachstan die im Ernteplan vorgesehenen Termine nicht eingehalten habe.

Normalerweise kommen 20 bis 25 Prozent des sowjetischen Getreides aus dieser Republik; etwa 80 Prozent davon kommen aus ihren fünf sogenannten Neulandregionen.

An Daulenow, der das Amt des Regierungschefs seit 1960 innehat, und an dem Parteisekretär Kasachstans, Dinmukhamed Kunjaew, wurde in einem Bericht scharfe Kritik geübt, die im Juli veröffentlicht wurde und die von den drei Zeitungen «Prawda», «Iswestija» und dem Landwirtschaftsorgan «Selskaja Schisn» auf Grund einer eingehenden Untersuchung zusammengestellt worden war.

Die beiden Spitzenfunktionäre wurden beschuldigt, die Bereitstellung von mehr landwirtschaftlichen Maschinen durch «bürokratische Hindernisse» erschwert zu haben. Darüber hinaus hätten sie eine Anordnung der Regierung nicht befolgt, die eine Steigerung der Produktion bei grösseren und besseren Mähdreschern vorsah. Die «Prawda» griff die führenden Funktionäre Kasachstan in einem Kommentar auch noch deswegen an, weil sie es versäumt hätten, ausreichend Fahrer für Traktoren und Mähdrescher in den Neulandregionen ausbilden zu lassen.

Möglich ist, dass Kunajew dem Regierungschef in die politische Verbannung folgen wird. Er selbst bekleidete das Amt des Ministerpräsidenten von 1955 bis 1960. Damals wurde er zum Ersten Parteisekretär der Republik befördert und trat damit die Nachfolge von Nikolai Belajew an, dem die Schuld an früheren landwirtschaftlichen Misserfolgen angelastet wurde und der deswegen abgesetzt worden war.

Die Unionsrepublik Kasachstan hat sich inzwischen den Ruf erworben, Friedhof für die Karriere vielversprechender Parteifunktionäre zu sein. Belajew war nicht nur Sekretär des Moskauer Zentralkomitees gewesen, sondern sogar Mitglied des Parteipräsidiums, bevor er den so überaus wichtigen Posten im Südosten der UdSSR übernahm.

Masymkhan Beysebajew, der die Nachfolge von Ministerpräsident Daulenow angetreten hat, dürfte daher auch einer recht ungewissen Zukunft entgegensehen.

Chruschtschews Wunderland Kasachstan bleibt nach wie vor auch sein Sorgenkind.

Erziehung

Polen

Wie sollen die Studenten wohnen?

«Selten, sehr selten kommt es vor, dass der Student während seiner sagen wir fünfjährigen Studien keine Schwierigkeiten mit dem Stipendium hat, dass ihm das Essen in der Mensa ausgezeichnet schmeckt, dass er sein Zimmer im Studentenheim nicht mit vier, sondern nur mit einem Kollegen teilt, dass er, wenn er sie braucht, sofort eine Zuweisung ins Sanatorium bekommt, dass ... mit einem Wort, dass sein Leben auf den sprichwörtlichen Rosen gebettet ist.»

So schreibt die Warschauer Zeitung «Sztandar Mlodych» und fährt fort:

«Das Leben der Studenten möglichst leicht machen, will nun der Polnische Studentenverband. Ende Juni (27. und 28. Juni dieses Jahres) stellt die Wirtschaftskommission des Obersten Rates des Polnischen Studentenverbandes auf ihrer Sitzung in Danzig ihr Arbeitsprogramm für das akademische Jahr 1962/63 vor.

Besonders viel Raum nimmt darin die Frage der Wohnbedingungen der Studenten ein. Diese sind nämlich katastrophal. In manchen Studentenheimen (z. B. jenem der Medizinischen Akademie in Wroclaw-Breslau) entfallen nur 2,7 Quadratmeter Wohnraum auf eine Person. In Krakau leben die Studenten der Pädagogischen Hochschule in Zimmern zu je 17 Personen. Indessen hat das Hochschulministerium kürzlich von den für den laufenden Plan (1961 bis 1965) geplanten 12 000 Plätzen fast die Hälfte, nämlich 5100, gestrichen. Dabei hätten auch die 12 000 Plätze das Problem nicht gelöst.»

Soziales

Uniformen unbeliebt

Die Tage, wo alle netten Mädchen einen Matrosen liebten, oder einen Soldaten oder überhaupt irgendjemanden in Uniform, sind vorbei — wenigstens in Polen.

«Sztandar Mlodych», die Tageszeitung für die polnische Jugend, berichtete kürzlich folgende Szene von einer Tanzveranstaltung in Posen: «Als die Kapelle zu spielen anfing, ging einer der Kadetten an einen Tisch, an dem ein blondes Mädchen sass, verbeugte sich und bat um einen Tanz. Das Mädchen drückte ihre Zigarette aus und wollte ganz mechanisch aufstehen. Dabei lächelte sie — das Lächeln ging aber in eine Grimasse über. Sie blickte den jungen Mann an, setzte sich wieder und murmelte: ‚Ich lasse diesen Tanz lieber aus'.»

Natürlich hat jedes Mädchen das Recht, einen Tanz auszusetzen, aber laut «Sztandar Mlodych» steht der Fall des blonden Mädchens nicht allein da.

Aehnliche Szenen wiederholten sich auf dieser Tanzveranstaltung, bis schliesslich, wie einer der Kadetten bitter schrieb, «die Kadetten endlich verstanden und schweigend das Café verliessen». Diese Behandlung könnte dazu führen, dass die Kadetten den Glauben an ihren gewählten Beruf verlieren, «wenn man uns nicht mit dem Respekt begegnet, den wir erwarten, sondern mit Abneigung und Verachtung.»